L 12 SV 1486/10 E

Land
Baden-Württemberg
Sozialgericht
LSG Baden-Württemberg
Sachgebiet
Sonstige Angelegenheiten

Abteilung
12
1. Instanz
SG Freiburg (BWB)
Aktenzeichen
S 7 SV 423/10 E

Datum
04.03.2010
2. Instanz
LSG Baden-Württemberg
Aktenzeichen
L 12 SV 1486/10 E

Datum
20.12.2010
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen

-
Datum

-
Kategorie
Beschluss

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts Freiburg vom 4. März 2010 ([S 7 SF 423/10 E](#)) wird verworfen.

Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I.

Zwischen den Beteiligten ist die Höhe der Anwaltsvergütung nach der Beordnung im Wege der Prozesskostenhilfe im Streit.

Im Ausgangsverfahren vor dem Sozialgericht Freiburg (SG) ging es um die Übernahme von Umzugskosten und Kosten für eine Mietkaution sowie die Gewährung von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) für die Zeit vom 1. Juni bis 31. August 2008 unter Berücksichtigung der tatsächlichen Unterkunftskosten. Nachdem das SG Prozesskostenhilfe (PKH) bewilligt und den Beschwerdeführer beigeordnet hatte, schlossen die Beteiligten einen Vergleich, in welchem sich die Beklagte verpflichtete, die Hälfte der außergerichtlichen Kosten des Klägers zu übernehmen. Die Beklagte übernahm daraufhin die geltend gemachten hälftigen Kosten in Höhe von 499,80 EUR.

Mit Kostennote vom 15. Dezember 2009 machte der Beschwerdeführer Kostenerstattung im Rahmen der bewilligten PKH ebenfalls in Höhe von 499,80 EUR geltend, die sich wie folgt zusammensetzte: Nachprüfungsverfahren • Geschäftsgebühr Nr. 2400 VV RVG 240,00 EUR • Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR Zwischensumme: 260,00 EUR • Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 49,40 EUR
Zwischensumme: 309,40 EUR

Klageverfahren • Verfahrensgebühr Nr. 3103 VV RVG 170,00 EUR • Terminsgebühr Nr. 3104 VV RVG 200,00 EUR • Einigungsgebühr Nr. 1000, 1006 VV RVG 190,00 EUR • Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR Zwischensumme: 580,00 EUR • Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 110,20 EUR Zwischensumme: 690,20 EUR Gesamtsumme: 999,60 EUR davon 50% 499,80 EUR

Mit Beschluss vom 18. Dezember 2009 setzte die Kostenbeamtin die im Rahmen der PKH auszufehlende Vergütung auf 226,10 EUR fest: • Verfahrensgebühr Nr. 3103 VV RVG 170,00 EUR • Einigungsgebühr Nr. 1006 VV RVG 190,00 EUR • Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR • Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 72,20 EUR Gesamtbetrag 452,20 EUR davon 50% 226,10 EUR

Hiergegen legte der Beschwerdeführer Erinnerung ein und machte geltend, es sei ein Widerspruch, im Rahmen der PKH die Kosten für das Widerspruchsverfahren nicht auszugleichen (was wohl nicht zu beanstanden sei), andererseits aber nach einer Verfahrensgebühr VV 3103 abzurechnen. Hier sei folgerichtig die Verfahrensgebühr VV 3102 anzusetzen. Insbesondere wende er sich dagegen, dass eine Terminsgebühr nicht entstanden sei. Das Verfahren sei durch schriftlichen Vergleich abgeschlossen worden. Auch wenn VV 3106 keinen entsprechenden Gebührentatbestand enthalte, sei VV 3104 Abs. 1 hier analog anwendbar. Ein anderes Ergebnis liefe der gesetzgeberischen Intention, in möglichst vielen Fällen eine mündliche Verhandlung zu verhindern und die Gerichte zu entlasten, völlig zuwider.

Mit Beschluss vom 4. März 2010 hat das SG die Erinnerung zurückgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass Nr. 3103 VV RVG nach ihrem eindeutigen Wortlaut anzuwenden sei, wenn eine Tätigkeit im Verwaltungsverfahren stattgefunden habe. Der Grund für den geringeren Gebührensatz im Gerichtsverfahren sei darin zu sehen, dass sich der Arbeitsaufwand verringere, wenn der Anwalt bereits vorgerichtlich tätig gewesen sei. Die Voraussetzungen für das Entstehen einer Terminsgebühr nach Nr. 3106 VV RVG lägen nicht vor. Eine

analoge Anwendung der Nr. 3104 Abs. 1 Nr. 1 VV RVG komme nicht in Betracht, weil es an einer Regelungslücke fehle. Der Gesetzgeber habe in Nr. 3104 VV RVG ausdrücklich auf die Spezialvorschrift der Nr. 3106 VV RVG verwiesen, wenn es sich um ein sozialgerichtliches Verfahren handelt, ohne insoweit die Vergleichsregelung aufzunehmen.

Hiergegen richtet sich die am 18. März 2010 eingelegte Beschwerde, mit welcher der Beschwerdeführer sein Vorbringen aus dem Erinnerungsverfahren wiederholt und vertieft.

Für die weiteren Einzelheiten wird auf die Akten verwiesen.

II.

Die Beschwerde ist unzulässig. Gemäß [§ 172 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#) findet gegen die Entscheidungen des SG mit Ausnahme der Urteile die Beschwerde statt, soweit nicht im SGG anderes bestimmt ist. Nach [§ 178 Satz 1 SGG](#) entscheidet das Gericht endgültig, wenn gegen eine Entscheidung des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle das Gericht angerufen wird.

Ein solcher Fall liegt hier vor, nachdem das SG auf die Erinnerung gegen die Entscheidung seines Urkundsbeamten entschieden hat. Die nach der Rechtsmittelbelehrung des SG mögliche Beschwerde gegen richterliche Beschlüsse im Vergütungsfestsetzungsverfahren nach [§ 56 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 33 Abs. 3 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz \(RVG\)](#) steht dem Beschwerdeführer nach dem Gesetz nicht zu.

Weder durch eine unrichtige Rechtsmittelbelehrung (vgl. Beschluss des erkennenden Senats vom 12. Juni 2007 - [L 12 AL 1353/07 KO-B](#) -) noch durch eine ausdrückliche Zulassung der Beschwerde kann insoweit die Zulässigkeit einer Beschwerde zum Landessozialgericht (LSG) bewirkt werden, wenn das Gesetz die Möglichkeit der Beschwerde nicht vorsieht (vgl. den ebenfalls zu dieser Problematik ergangenen Beschluss des erkennenden Senats vom 14. Januar 2008 - [L 12 SO 1995/06 KO-B](#) -).

Wegen des abschließenden Normengefüges der [§§ 172 ff. SGG](#) ist im Vergütungsfestsetzungsverfahren nach [§ 55 RVG](#) die Beschwerde an das LSG gegen die Entscheidung des SG grundsätzlich ausgeschlossen (LSG Berlin, Beschluss vom 28. Februar 2005 - [L 9 B 166/02 KR](#) -; LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 28.12.2006 - [L 8 B 4/06 SO SF](#) -; LSG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 7. April 2008 (alle juris) und ständige Senatsrechtsprechung, Beschlüsse vom 12. Juni 2007 und 14. Januar 2008, jeweils a.a.O.; vom 26. März 2008 - [L 12 AS 1144/08 KO-B](#) -; vom 19. Juni 2009 - [L 12 AS 2241/09 KE](#) -). Nach der grundlegenden Systematik des SGG sind auf eine Erinnerung ergangene Beschlüsse des SG unanfechtbar. Neben der Regelung des [§ 178 Satz 1 SGG](#) sieht deshalb das SGG für das Kostenfestsetzungsverfahren in [§ 197 Abs. 2 SGG](#) und in Verfahren zur Feststellung der Pauschgebühr in [§ 189 Abs. 2 SGG](#) nur eine gerichtliche - endgültige - Entscheidung auf die Erinnerung gegen die Entscheidung des Urkundsbeamten vor, nicht aber eine Beschwerdemöglichkeit gegen den auf die Erinnerung hin ergangenen Beschluss.

Die Beschwerdemöglichkeit nach [§ 56 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 33 Abs. 3 RVG](#) ist danach nur in Verfahrensordnungen denkbar, die diese Beschwerdemöglichkeit nicht ihrerseits ausgeschlossen haben. Für Fragen der Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz gegenüber dem SGG das allgemeinere Gesetz, womit dem SGG als dem spezielleren Gesetz der Vorrang gebührt (a.A. Bayer. LSG, Beschluss vom 18. Januar 2007 - [L 15 B 224/06](#) -; LSG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 17. Juli 2008 - [1 B 127/08](#) -; LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 24. September 2008 - [L 19 B 21/08 AS](#) - (juris); Burkiczak, NJW 2010, 407, 410 f.). Dementsprechend kann das RVG in seinem verfahrensrechtlichen Teil nicht eine Gebührennachprüfungsinstanz schaffen, die es als solche in der Sozialgerichtsbarkeit ausdrücklich für den Bereich der Kostenentscheidungen nicht gibt.

Die Gegenauffassung, die damit argumentiert, dass [§ 178 Satz 1 SGG](#) von dem spezielleren [§ 73a Abs. 1 SGG](#) verdrängt werde (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Januar 2008 - [L 1 B 35/07 AS](#) -; LSG Thüringen, Beschluss vom 29. April 2008 - [L 6 B 32/08 SF](#) - (beide juris)), überzeugt nicht. [§ 73a SGG](#) verweist lediglich auf die Vorschriften der Zivilprozessordnung (ZPO) hinsichtlich der Prüfung der Prozesskostenhilfebewilligung als solcher, er verweist nicht auf das RVG. Der Anwendungsbereich des RVG ergibt sich aus dessen [§ 1](#). Danach bemisst sich die Vergütung für alle anwaltlichen Tätigkeiten der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nach dem RVG. Prinzipiell sind daher auch im sozialgerichtlichen Verfahren die [§§ 45 ff. RVG](#) über die Vergütungsansprüche der beigeordneten Rechtsanwälte anwendbar, wenn PKH bewilligt wurde, ohne dass dies im SGG nochmals ausdrücklich hätte angeordnet werden müssen. Soweit indes das SGG Verfahrensregeln über die Kostenfestsetzung und die Rechtsmittel/Rechtsbehelfe dagegen enthält, besteht keine Grundlage für die subsidiäre Heranziehung anderer Gesetze. Dies entspricht auch der gesetzessystematischen Auslegung unter Berücksichtigung der Gesetzesgeschichte (vgl. hierzu ausführlich LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 24. Februar 2009 - [L 15 SF 9/09 B](#) - (juris)). Auch [§ 172 Abs. 3 SGG](#) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des SGG vom 26. März 2008 spricht gegen die Annahme einer Beschwerdemöglichkeit. Er schließt die Beschwerdemöglichkeit gegen die Ablehnung von PKH bei Verneinung der persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen aus mit dem Ziel einer Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit. Wenn die Hauptsacheentscheidung über die Gewährung von PKH nur noch in beschränktem Umfang anfechtbar ist, dürfte dies erst recht für PKH-Nebenverfahren gelten (vgl. hierzu auch Löffler, Anm. zu Beschluss des Thüring. LSG s.o., [SGB 2008, 620](#), 623 f.).

Im Übrigen dient der vorliegende Ausschluss der Beschwerde der Einheitlichkeit des Verfahrens, weil nur so unterschiedliche Entscheidungen im Kostenfestsetzungsverfahren nach [§ 197 SGG](#) und im Vergütungsfestsetzungsverfahren nach [§§ 55, 56 RVG](#) vermieden werden können. Denn es ist kein vernünftiger Grund dafür erkennbar, dass in Kostenfestsetzungsverfahren gegen den unterlegenen Verfahrensgegner das SG endgültig über die Kosten entscheidet, in Verfahren über die Festsetzung der Vergütung des Rechtsanwalts gegenüber der Staatskasse aber seine Entscheidung mit der Beschwerde überprüfbar sein soll. Dies zeigt sich in den Fällen besonders deutlich, in denen - wie hier - nach der Bewilligung von PKH und einem teilweisen Obsiegen in der Hauptsache nur ein Teil der klägerischen außergerichtlichen Kosten von der Staatskasse und der Rest vom Verfahrensgegner zu tragen ist. Nur hinsichtlich des Kostenanteils, der von der Staatskasse zu tragen ist, könnte dann Beschwerde nach dem RVG zum LSG eingelegt werden, nicht jedoch hinsichtlich des Kostenanteils, der von der Beklagten zu tragen ist. Es liegt auf der Hand, dass insofern die Gefahr abweichender und widersprüchlicher Kostenentscheidungen hinsichtlich desselben Hauptsacheverfahrens besteht.

Auch das Argument, die [§§ 193 ff. SGG](#) seien vorliegend nicht einschlägig, da hierin nur die Kostentragung der Beteiligten untereinander geregelt werde, führt zu keiner anderen Beurteilung. Sowohl in [§ 197 Abs. 2 SGG](#) als auch in [§ 178 Satz 1 SGG](#) und [§ 189 Abs. 2 SGG](#) ist für

den Bereich der Sozialgerichtsbarkeit einheitlich geregelt, dass auf Erinnerungen gegen Beschlüsse des Urkundsbeamten nur noch ein Rechtsbehelf am selben Gericht besteht.

Die vorliegende Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung von [§ 193 Abs. 1 SGG](#).

Diese Entscheidung ist nach [§ 177 SGG](#) unanfechtbar.

Rechtskraft

Aus

Login

BWB

Saved

2011-09-05